

Checkliste zur Prüfung einer Konzeption für stationäre und teilstationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche

Präambel

Für den Betrieb einer stationären und teilstationären Einrichtung für Kinder und Jugendliche bedarf es nach § 45 SGB VIII einer Erlaubnis, die die Vorlage einer schriftlichen Konzeption voraussetzt. Die nachfolgende Gliederung nennt und erläutert die Bereiche, die in einer Konzeption für stationäre und teilstationäre Einrichtungen beschrieben werden sollten.

Die Checkliste wurde 2022 unter Beteiligung der Vertreter der freien Träger und der Heimaufsichten von Stadt und Landkreis Fulda erstellt. Sie stellt eine Arbeitshilfe für Träger und Einrichtungen von stationären und teilstationären Einrichtungen in der Region Fulda dar.

Die wesentlichen Mindestanforderungen an die Inhalte der Konzeption ergeben sich aus dem Sozialgesetzbuch VIII (Kinder- und Jugendhilfe), Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG vom 10.06.2021), Hessische Rahmenvereinbarung, Richtlinien für (teil-)stationäre Einrichtungen in Hessen und ergänzt durch die Regelung des Bundeskinderschutzgesetzes ab 01.01.2012. Weitere Anforderungen sind durch das Infektionsschutzgesetz, die Hessischen Bauordnung sowie verschiedene Unfallverhütungs- und Arbeitsschutzvorschriften gestellt.

Die individuelle Ausgestaltung einer Konzeption obliegt ausschließlich den freien Trägern.

Für Träger, die schon eine Konzeption erstellt haben, kann sie als Checkliste zur Reflexion und Weiterentwicklung ihrer Konzeption dienen. Sie kann auch als Vorlage für die Dokumentation einer Konzeption dienen und ist als Word-Dokument direkt bearbeitbar.

Die Konzeption einer stationären oder teilstationären Einrichtung beinhaltet eine Darstellung der tatsächlich angestrebten pädagogischen Arbeit der Einrichtung.

Die Mitarbeiter:innen überprüfen und verständigen sich über Ziele der pädagogischen Arbeit und deren Umsetzung in die Praxis. Im gemeinsamen Prozess mit dem Team, ggf. den Eltern, Kindern und Jugendlichen und dem Träger entsteht ein verschriftlichtes und veröffentlichtes Produkt.

Die Konzeption beschreibt allgemeine programmatische und methodische Leitlinien und enthält Angaben dazu wer, was, wie für wen, mit wem und mit welchem Ziel tun soll, welche Qualitäten dazu erforderlich sind, wie die Zielerreichung festgestellt und wie notwendige Verbesserungen in Gang gesetzt werden. Es bedarf der regelmäßigen Fortschreibung und Weiterentwicklung. Für den Prozess der Erstellung und Weiterentwicklung, empfiehlt es sich ausreichend Zeit einzuplanen und ggf. externe Beratung hinzuzuziehen.

Gliederung - Checkliste zur Prüfung einer Konzeption
für eine stationäre oder teilstationäre Einrichtung gemäß §§ 45 ff SGB VIII

Inhaltsverzeichnis

A Organisation

Einrichtung und Träger

Zielgruppe

Organisation und Ausstattung der stationären oder teilstationären Einrichtung

B Pädagogik

Leitbild / pädagogische Grundsätze / Auftrag / Ziel

Praktische Umsetzung für Kinder

Praktische Umsetzung für Eltern

C Unterstützungsprozesse

Kooperation und Vernetzung

Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung

A) Organisation

Einrichtung und Träger

Name und Anschrift der Einrichtung	Ort geplanter Einrichtung
Kurzbeschreibung der Einrichtung	PTG, ISPM, Wohngruppe
Betreuungszeiten	
Einrichtungsträger	Name, Anschrift, Rechtsform, verantwortliche Person Kompetenzen, Selbstverständnis, Haltung, Organisationsstruktur, was zeichnet die Zuverlässigkeit des Trägers/Einrichtung aus?
Beschreibung Einrichtungsangebot	Gesetzliche Grundlage, Zielsetzung, Platzzahl

Zielgruppe

Alter der Kinder	Zielgruppe, geschlechtsspezifische Ausrichtung, Aufnahme-, Betreuungsalter (Altersspanne)
Besondere Bedarfe der Zielgruppe	Indikatoren, Ressourcen, Problemlage, Aufnahme- und Ausschlusskriterien

Organisation und Ausstattung der Einrichtung

Standort Sozialräumliche Orientierung	Lagebeschreibung, räumliche und örtliche Begebenheiten, Verkehrsanbindungen, Infrastruktur, Kooperationspartner, Freizeitangebote, soziale Vernetzungsmöglichkeiten, Inklusion, Einbindung ins Gemeinwesen
Organisationsstruktur	Anzahl der Gruppen, Platzzahl, übergreifende Dienste, Leitungsstrukturen, ggf. Einbindung in den gesamten Trägerbereich, weitere Hilfsangebote des Trägers
Personelle Organisation und Ausstattung	Zahl der Stellen, Personalschlüssel, Anzahl und Qualifikation der pädagogischen MitarbeiterInnen, Vertretungsregelungen, Sicherstellung der fachlichen Eignung, Kompetenzen zur Erkennung von Kindeswohlgefährdung gem. § 8a SGB VIII, Eignung-Führungszeugnis
Personelle Ausstattung der Hauswirtschaft und ggfls. der technischen Dienste	
Ausstattung der Räume und des Außengeländes	Anzahl und Ausstattung der Räumlichkeiten Lage und Ausstattung des Außenbereichs, funktionale Zuordnung und konzeptionelle Einordnung,

Sonstiges	Besondere Strukturmerkmale, die ein wesentliches Qualitätsmerkmal darstellen
-----------	--

B) Pädagogik

Leitbild - pädagogische Grundsätze - Auftrag - Ziele

Leitbild und pädagogische Grundsätze	Wer sind wir? Was wollen wir? Umsetzungsplan
Ziele	Stabilisierung, Schutzraum, korrigierende Bindungserfahrung, Verselbständigung etc.

Praktische Umsetzung für Kinder und Jugendliche

1. Aufnahmeverfahren	Beschreibung der wesentlichen Eckpunkte und Handlungsabschnitte des Aufnahmeverfahrens (alters- und angebotsspezifisch)
2. Gestaltung des Alltags	Beschreibung der Tagesstruktur (Tagesstruktur an Schultagen, an Wochenenden, in den Ferien, Regeln und Grenzen, Rituale/Freizeitmöglichkeiten)
Fachliche Ausgestaltung des (geplanten) Leistungsangebotes	Methoden, fachliche Ausrichtung (Lebensweltorientierung, päd. Schwerpunkte zur Entwicklungsförderung, päd. Erziehungsplanung, Bezugsbetreuersystem, Kompetenz- und wertorientierte Bildung, Soziales Lernen in der Gruppe, individuelle Förderung, gruppenpädagogische Angebote, Zusammenarbeit mit Personensorgeberechtigten-Herkunftsfamilien-Geschwistern, sprachliche gesellschaftliche Integration, Hilfeplanung, Ernährung-Gesundheit, Sexualpädagogik., Medienpädagogik., Vermittlung von Werten und Normen, Begleitung der religiösen Orientierung, Umgang mit Finanzen Methodeneinsatz: Genogramm-, Biografiearbeit, Multiperspektive Fallarbeit, Netzwerkarbeit, Quartiersmanagement, Rollenspiel
4. Partizipation/Beteiligung der Kinder und Jugendlichen Beteiligungs- und Beschwerdekonzeppte von Einrichtungen sind aktiver Kinderschutz und Teil der Qualitätsentwicklung	Konkrete Bereiche in denen Kinder und Jugendliche an Planungen und Entscheidungen Beteiligt werden: <ul style="list-style-type: none"> - Grundhaltung zur Mitbestimmung und Anerkennung der Rechte von Kinder und Jugendlichen (methodische Ideen zur Partizipation, wie setzen sich Träger, Leitung und Mitarbeitende aktiv für Mitbestimmung in der Einrichtung ein?, Darstellung der Unterstützung) - Information der Kinder und Jugendlichen über deren Rechte (Darstellung, Umsetzung) - Partizipationsmöglichkeiten, Mitbestimmungsbereiche, Beteiligung im Alltag, Befragungen

	<ul style="list-style-type: none"> - Rechkatalog - Beschwerdekatalog - Beteiligung an der Hilfeplanung - Dokumentation und Reflektion der Umsetzung des Beteiligungskonzeptes - Hinweise auf Fachstellen, Ombudsstellen, Verfahren zur Selbstvertretung
5. Beschwerdeverfahren	<p>Grundhaltung Verfahrensabläufe, Zuständigkeiten auf verschiedenen Ebenen, Bearbeitungsstrukturen, Rückmeldungen, Dokumentation, Reflektion, Evaluation Externe Ansprechpartner etc. Beschwerden von Personensorgeberechtigten, Herkunftseltern</p>
6. Schutzkonzept gem. § 8a SGB VIII	<p>Intervention, Prävention Handlungs- und Verfahrensabläufe in Kindeswohlgefährdungssituationen, Melde- Informationspflicht, Verantwortlichkeit, Dokumentation, Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung</p>
6. Aufsichtsführung	<p>Grundregeln und Besonderheiten in der Aufsichtsführung, z.B. bei personellen Engpässen, Schichtbetrieb Dienst- und Fachaufsicht</p>
7. Krisen- und Gewaltintervention	<p>Definition Krise, Beschreibung der personellen Zuständigkeiten und der Verfahren bei Krisen wie z.B. plötzlicher Erkrankung eines Kindes oder Jugendlichen, Unfall, massive Impulsdurchbrüche, Gewalt und Kindern und Jugendlichen Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung Rufbereitschaft, Deeskalationsmaßnahmen, präventive Maßnahmen zum Schutz vor Gewalt, Missbrauch etc. Themenspezifische Zusatzqualifizierung des Personals Meldepflichten gem. § 47 SGB VIII</p>
8. Beendigung der Maßnahme	<p>Gestaltung von Übergängen in eine andere Einrichtung, Rückführung, Ablöseprozess, Beendigung, Nachbetreuung unter Berücksichtigung § 41a, etc.</p>

C) Unterstützungsprozesse

Kooperation und Vernetzung

Kollegiale Beratung, Supervision	Kommunikation unter Mitarbeitern
Kooperation mit dem Jugendamt	Beschreibung der Kooperationsstruktur auf der institutionellen Ebene und der Einzelfallebene
Kooperation mit Bildungseinrichtungen	Beschreibung der Kooperation mit Kitas, Schulen oder ggfls. anderen Bildungsorten
Kooperation mit sonstigen Partnern	Beschreibung der Kooperation mit z. B. Beratungsstellen, Gesundheitsamt, Ärzte, KJP etc.
Kooperation im Sozialraum	Beschreibung der Einbindung in die Gemeinde /den Stadtteil / die Nachbarschaft

Informationsflüsse und Sozialdatenschutz	Regeln zur Erhebung, Speicherung und Übermittlung von personenbezogenen Informationen.
Öffentlichkeitsarbeit	grundsätzliche Gestaltung der Beziehungen zu Kooperationspartnern

Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung	
Qualitätsmanagement, Verfahren, Prozesse	Darstellung der Qualitätsentwicklungsverfahren Organisation und personelle Zuständigkeit für die Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit, Methoden, Instrumente und Verfahren Evaluation, Akquise von neuen Mitarbeiter:innen, Gewährleistung
Qualitätssicherung	Beschreibung der Prüfmechanismen für Mindeststandards, z.B. Personalausstattung, Gebäudesicherheit
Besprechungsstruktur	Aufgaben, Anzahl, Teilnehmer und Struktur der Besprechungen (z.B. Dienstbesprechungen); Verbindlichkeitsgrad und Dokumentation
Dokumentation	Dokumentations- oder Berichtsbereiche, Art der Dokumentation (Zugänglichkeit, Verpflichtungsgrad), z.B. für Entwicklungsberichte, Förderpläne. Buch- und Aktenführung, Aufbewahrungsfristen
Konzeptionsentwicklung	Beteiligte, Verbreitung, nächste Fortschreibung
Fortbildungen	Häufigkeit und Auswahlkriterien von Fortbildungen, Verpflichtungsgrad, Themenauswahl, Supervisionen, Reflektionen